

Offenes Blatt

DIE LINKE. Schwerin
Mai 2011

Gedenkfeier zum 8.Mai

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten und das deutschrussische Kulturzentrum „Kontakt“ e.V. lädt ein, am 8. Mai 2011 um 10.00 Uhr auf dem Ehrenfriedhof auf dem Platz der Opfer des Faschismus an der Gedenkfeier zum Tag der Befreiung teilzunehmen. An diesem Tag Landesgedenktag wollen wir an die Menschen die Menschen erinnern, die Opfer von Krieg und Faschismus wurden. Wir rufen alle Schwerinerinnen und Schweriner auf gemeinsam mit uns dieser Menschen zu gedenken. Redner wird Ingo Schlüter, stellv. Landesvorsitzender des DGB, sein.



Am Karfreitag startete der Antiatomtreck von Schwerin nach Lubmin mit einer Demo vor dem Schloss. Neben einigen Mitgliedern des Kreisverbandes war auch Henning Foerster dabei, Dirketkandidat der LINKEN für die Schweriner Altstadt, Weststadt und Lankow sowie Friedrichstal, Neumühle und Warnitz. Er war mit seinem Sohn, der kurze Zeit später stolz mit seinem "Antiatomosterei" spielte, gekommen.

In dieser Ausgabe:

Vergabegesetz	Seite 3
Arbeitnehmerfreizügigkeit	Seite 4
Meinungen	Seite 5
Rosa-Luxemburg-Stiftung	Seite 7
1.Mai	Seite 8



Das ist nicht länger hinnehmbar! In den vergangenen Jahren hat Schwarz-Gelb keine glaubwürdigen Anstrengungen unternommen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern und das Klima zu schützen. Dazu muss auch der Benzin- und Dieselvebrauch bei neuen Kraftfahrzeugen re-

duziert werden. Dieser technisch längst mögliche Weg wurde jedoch nicht eingeschlagen. Die Bundesregierung knickte vor der Industrielobby ein und verhinderte auch in der Europäischen Union strengere Verbrauchs- und Abgasreduzierungen für Neufahrzeuge. Stattdessen setzte sie auf die Erhöhung des Bio-

kraftstoffanteils im Benzin. Die Folgen sind Chaos, Verunsicherung der Autofahrer, Preiserhöhungen und oftmals nicht geringe ökologische und andere Probleme durch landwirtschaftliche Monokulturen für die Biokraftstoffproduktion hierzulande und in den Entwicklungsländern.

DIE LINKE. Schwerin gut gerüstet für den Wahlkampf 2011



Landesvorsitzender Steffen Bockhahn, Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi und Europaabgeordneter Helmut Scholz sind die ersten Gratulanten

Auf der VertreterInnenversammlung am 9./10. April 2011 in Göhren-Lebbin wurde die Kandidatenliste für die kommende Landtagswahl gewählt. Helmut Holtz wurde mit 93 Prozent der Stimmen auf Listenplatz 1 gewählt und geht somit gestärkt in die Auseinandersetzung mit den Herausforderern der anderen Parteien. Auch der Schweriner Henning Foerster konnte die 120 VertreterInnen von sich und seiner fachlichen Fähigkeit im Bereich der Gewerkschaft überzeugen, so dass er auf Listenplatz 12 gewählt worden ist.

Kaffeeklatsch mit Henning Foerster



Am Freitag, den 29. April gab es einen besonderen Kaffeeklatsch. Diesmal um 19 Uhr stellte sich in der Vorzeit zum 1. Mai Henning Foerster, Betriebsratsvorsitzender und Gewerkschafter mit Herz und Verstand, den Fragen von Angelika Gramkow und dem interessierten Publikum.

Wort zum Monat

Von *Stefan Schmidt*,
Vorsitzender
des Kreisvorstandes
Schwerin der Partei
DIE LINKE



Nach der Wahl ist vor der Wahl...

Nun liegen die letzten Vorbereitungen hinter uns – vor wenigen Tagen haben wir auf einem Landesparteitag das Wahlprogramm beschlossen und auf einer Vertreterversammlung die Landesliste zur Landtagswahl im September gewählt. Und wie es in einer demokratisch organisierten Partei ist, kann nicht jeder seiner Position oder seiner Kandidatur zu einer Mehrheit verhelfen. Dies konnte jeder, der an diesen beiden Veranstaltungen teilgenommen hat, unschwer erkennen und auch die Reaktionen im Nachhinein haben gezeigt, welche Bedeutung die getroffenen Entscheidungen für unsere Partei, aber auch für jeden einzelnen Genossen haben. Mich irritiert allerdings der Vorwurf, der in den vergangenen Tagen immer wieder zu hören war, der Landesvorstand hätte undemokratisch agiert oder hätte Personen auf die Liste gesetzt und dabei die vorgeschlagene Liste des Landesausschusses ignoriert. Wie kommt es zu dieser Einschätzung? Der Landesausschuss hatte die Aufgabe, einen Listenvorschlag vorzubereiten und der Vertreterversammlung vorzulegen. Diese Aufgabe hat er mit Hilfe einer Arbeitsgruppe erfüllt. Die Landesvertreterversammlung hatte nun jedoch die Aufgabe, für jeden einzelnen Platz der Liste den am besten geeigneten Kandidaten zu finden und demokratisch zu wählen. Alle auf der Vertreterversammlung Wahlberechtigten wurden zuvor demokratisch durch ihre Kreisverbände für diese Aufgabe legitimiert. Bei der Wahl der Landesliste waren bei der Auswahl der Kandidaten viele Faktoren zu berücksichtigen, die sich natürlich teil-

weise widersprachen. Neben dem Wunsch, dass auf den vorderen Listenplätzen jeder Kreisverband möglichst einen Kandidaten platzieren kann, waren natürlich auch die Kompetenz der zukünftigen Fraktion und die Reflektion der wichtigsten Punkte aus dem Wahlprogramm entscheidende Faktoren für die Wahl der jeweiligen Kandidaten. Aus diesem Grund hatte sich der Landesvorstand in Vorbereitung der Vertreterversammlung zu zwei Änderungsvorschlägen auf der durch den Landesausschuss eingebrachten Liste verständigt. Die eigentliche Entscheidung über die Platzierung auf der Liste traf aber die Vertreterversammlung und damit die Delegierten der Kreisverbände für jeden Listenplatz (bis zum Platz 25) einzeln – genauso wie es unsere Landessatzung und das Landeswahlgesetz auch vorsehen. Diese Vertreterversammlung entspricht in ihrer Zusammensetzung nahezu dem Landesparteitag – mit wenigen Ausnahmen, die durch das Landeswahlgesetz bedingt sind. Damit war die Wahl aus meiner Sicht zutiefst demokratisch, zumal nahezu alle aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten das Votum ihres Kreisverbandes erhalten hatten und jeder Kandidat die Möglichkeit hatte, für jeden einzelnen Listenplatz zu kandidieren. Sehr viele Kandidaten machten übrigens auch von dieser Möglichkeit Gebrauch, was dazu führte, dass die Liste am Ende, eben nicht nur durch die zwei vom Landesvorstand vorgeschlagenen Änderungen, ein vollkommen anderes Bild ergab, als der Vorschlag des Landesausschusses. Dabei stelle ich fest, dass es uns gelungen ist, eine inhaltlich sehr breit aufgestellte und in den wesentlichen Politikfeldern (Soziales, Bildung, Kultur, Wirtschaft, Finanzen) sehr kompetente Spitzenmannschaft aufzustellen, die aber über dies hinaus durchaus auch Potentiale zu inhaltlicher Auseinandersetzung widerspiegelt. Aus diesem Grund finde ich es sehr schade, wenn sich Genossinnen und Genossen nach dieser Wahlentscheidung aus persönlicher Enttäuschung aus ihrer politischen Aktivität zurückziehen. Unsere Partei lebt von der Vielfalt der Meinungen ihrer Genossinnen und Genossen sowie von der Ausein-

andersetzung um den bestmöglichen Weg zur Umsetzung unserer Vorstellungen von der Entwicklung unseres Landes. Diese Auseinandersetzung wollen und werden wir auch in den kommenden Jahren immer wieder führen müssen. Dieser Meinungsstreit macht das demokratische Wesen unserer Partei aus und er muss an und mit der Basis geführt werden. Dies ist mein Verständnis von Basisdemokratie und hier stellt sich nicht zuallererst die Frage, ob Regierungsbeteiligung oder nicht, diese Frage ist lediglich zweitrangig, da es dabei nur um die Form der Umsetzung von Forderungen geht. Es geht um unsere Vorstellung vom Leben der Menschen in unserem Land. Diese müssen wir im vor uns liegenden Wahlkampf den Menschen nahebringen. Ob es dann nach der Wahl eine Regierungsbeteiligung geben wird und in welcher Form wir diese gestalten, werden wir erst entscheiden können, wenn die Ergebnisse der Wahl vor uns liegen. Gewählt werden wir von den Menschen nur dann, wenn wir mit unseren inhaltlichen Vorstellungen überzeugen können, darauf wird es im vor uns liegenden Wahlkampf ankommen und wir sollten dabei nicht vergessen, die Inhalte zu betonen, die alle Genossinnen und Genossen in unserer Partei verbinden: soziale Gerechtigkeit, größere Chancengleichheit in der Bildung, ein gesetzlicher Mindestlohn und eine Mindestsicherung im Alter, die den Menschen ein würdiges Leben ermöglichen und eine nachhaltige Entwicklung in allen Lebensbereichen, damit auch die Kinder von morgen noch in einem schönen Mecklenburg-Vorpommern, frei von Atomkraftwerken, aufwachsen können – um nur einige Beispiele zu nennen. In diesem Sinn lasst uns in den kommenden Monaten in den Wahlkampf ziehen und gemeinsam für ein greifbares Stück Zukunft streiten, ohne dabei die Vision von einer gerechteren Gesellschaft aus dem Auge zu verlieren.

Mit solidarischen Grüßen

Zick-Zack-Kurs der CDU Schwerin zu Bürgerbeteiligung ist befremdlich

Noch in der letzten Sitzung der Schweriner Stadtvertretung hatte CDU-Fraktionschef Ehlers den Antrag der Linksfraktion, die Bürger per Befragung am 04. September an der Willensbildung zu Tempo 30 zu beteiligen mit der Begründung abgelehnt, die Kommunalpolitik solle ihre Verantwortung wahrnehmen und selbst entscheiden. „Nicht einmal 2 Wochen danach errei-

chen uns nun Mitteilungen von Bürgerinnen und Bürgern, die mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen müssen, dass die gleiche Partei sie per Postwurfsendung dazu auffordert, ihre Meinung zu Tempo 30 zu äußern, so Henning Foerster, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linken im Schweriner Rathaus. „Nachdem unser Antrag, vor allem auch wegen dem

Widerspruch aus den Reihen der CDU, gescheitert ist, hat sich die Linksfraktion darauf konzentriert, einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen den Anwohnern des Obotritenringes und den Kraftfahrern, die diese vielbefahrene Straße nutzen, auf den Weg zu bringen. Daher werden wir dem Kompromissvorschlag, den unser Fraktionsmitglied Michael

Strähnz und sein SPD-Kollege Frank Fischer erarbeitet haben, zustimmen, so Foerster weiter. Der Kompromiss sieht vor, die Testphase für Tempo 30 nur in dem für die Anwohner besonders sensiblen Bereich, zwischen Robert-Beltz-Straße und von-Flotow-Straße durchzuführen und die anderen Bereiche außen vor zu lassen.

Henning Foerster

Vorwahlkampf beginnt - Direktkandidaten stellen sich den Fragen der Parteibasis



Hans Wandt bedankt sich bei Helmut Holter für das Gespräch

Am 30.03. und am 02.04. stellen sich Helmut Holter und Henning Foerster den Fragen der Genossinnen und Genossen in der Weststadt und auf dem Großen Dreesch. Den Schwerpunkt bildete die Vorstellung des Wahlprogramms durch den Schweriner Spitzenkandidaten und Fraktionsvorsitzenden im Landtag. Helmut Holter verwies in seinen Ausführungen darauf, dass es darum gehe, so viel wie möglich Programmatik aus dem eigenen Wahlprogramm umzuset-

zen. Daher habe man auch keinen Wunschzettel aufgeschrieben, sondern um Leitthemen herum Ansätze formuliert, die sich auch in konkretem Regierungshandeln ausdrücken ließen. Wenn DIE LINKE in Mecklenburg Vorpommern die Schaffung von 1500 Arbeitsplätzen im Öffentlichen Beschäftigungssektor anstrebe, müsse sie wissen, woher die ca. 50 Millionen Euro für die Lohnkosten kommen sollen. An Beispielen machte er deut-

lich, warum es notwendig sei, die SPD aus der Umklammerung der CDU zu lösen. So rede die Sozialministerin Schwesig beispielsweise über die Frauenquote, ignoriere dann aber den sehr konkreten Antrag der Linksfraktion im Landesparlament. Auch die Mindestlohnthematik ließe sich anführen, viel und gern auch von der SPD bemüht, jedoch nach wie vor nicht umgesetzt, obwohl es im Bund eine rechnerische Mehrheit mit Grünen und LINKEN dafür gäbe. Oder längeres gemeinsames Lernen, ein wesentlicher Ansatz im Programm der Linkspartei, nicht gewollt bzw. bekämpft von der CDU. Henning Foerster wollte seinen Auftritt vor den Genossinnen und Genossen in erster Linie dazu nutzen, sich persönlich vorzustellen. Er bat insbe-

sondere in der Weststadt um Unterstützung, denn in der Auseinandersetzung mit Manuela Schwesig, Silke Gajek, Sebastian Ehlers und Gerd Güll sei die persönliche Empfehlung an Nachbarn, Familienmitglieder und Freunde von besonderer Bedeutung. Inhaltlich umriss Henning Foerster noch einmal klar sein gewerkschaftspolitisches Profil. Fairer Lohn für gute Arbeit – dafür kann auch Mecklenburg Vorpommern etwas tun. So kann es beispielsweise per Vergabegesetz dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge an soziale und umwelttechnische Bedingungen geknüpft werden. Ein wesentlicher Aspekt könnte dabei die Forderung nach einer vernünftigen Bezahlung sein.

Henning Foerster



Henning Foerster während der Gesprächsrunde in der Weststadt

Warum es ein echtes Vergabegesetz braucht!

Zu den zentralen Forderungen des DGB in der Region Rostock/Schwerin gehört die Verabschiedung eines Vergabe- bzw. Tarifreuegesetzes. Dafür steht auch DIE LINKE in Mecklenburg Vorpommern, die einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht hat. Dieser wird sich wohl gegen das Papier der SPD/CDU-Koalition nicht behaupten können. Doch worum geht es dabei eigentlich? Die öffentliche Hand (also Land/Gemeinden) soll bei der Vergabe von Aufträgen mit gutem Beispiel vorangehen und der oft anzutreffenden Wettbewerbsverzerrung entgegen wirken. In den letzten Jahren wurden tarifgebundene Unternehmen oft von solchen, die sich mit Billiglöhnen auf Ausschreibungen bewarben, verdrängt. In der Kon-

sequenz bedeutet dieses Vorgehen auch eine Gefahr für kleine und mittlere Unternehmen, die einen derartig ruinösen Wettbewerb nicht auf Dauer bestehen können. Zudem ist eine solche Vorgehensweise auch volkswirtschaftlich bedenklich. Geringe Einkommen sind kontraproduktiv für die Nachfrage von Dienstleistungen und Einzelhandelsprodukten. Den Ausweg könnte ein Landesvergabe- bzw. Tarifreuegesetz darstellen. Dieses bindet die Auftragsvergabe an die Einhaltung sozialer, umwelttechnischer und tariflicher Bedingungen. Orientierung für das Mindestentgelt soll ein gesetzlicher Mindestlohn bieten. Da es diesen flächendeckend bislang nicht gibt, haben die Länder dafür verschiedene

Höhen festgelegt. So gilt beispielsweise in Rheinland-Pfalz 8,50 EUR/Stunde und der rote Gesetzentwurf für Brandenburg sieht 7,50 EUR/Stunde vor. Gerade in einem Europa der offenen Märkte müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, Aufträge zu fairen Bedingungen auszuschreiben und zu vergeben. Im Arbeitgeberlager wird die Diskussion leider oft eher ideologisch geführt. Da heißt es dann, solche Regelungen seien zu bürokratisch oder nicht im Sinne einer Marktwirtschaft. Das Gesetz soll aber vor allem auch denen helfen, die nicht von ihrem Lohn leben können. In Deutschland sind bislang nur wenige Branchen (Wäschereien, Bauhauptgewerbe, Maler/Lackierer, Dachdecker, Gebäu-

dereiniger, Elektromontage, Gelddienste, Maler, Pflege, Abfallwirtschaft und Zeitarbeit) mit einem Mindestlohn abgesichert und die Bundesregierung lehnt einen gesetzlichen Mindestlohn weiterhin ab. Und ab Mai 2011 gilt in Europa die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dies alles sind Gründe, warum jede Chance zur Einführung von Mindestlöhnen genutzt werden muss. An und für sich sollte ein solches Verfahren Normalität bedeuten. Wenn zu Recht Leistungsfähigkeit, hohe Qualität und Fachkunde eingefordert werden, sollte man nicht ausgerechnet beim Personal anfangen zu sparen. Als Gewerkschafter und Direktkandidat in Schwerin werde ich versuchen, dies zu verdeutlichen.

Henning Foerster

Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial gestalten

Ein Hauptthema am 1. Mai diesen Jahres ist die Umsetzung der nahezu vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit. Ab diesem Zeitpunkt können Arbeitnehmer aus den Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind, ohne Beschränkungen in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen. Gleichzeitig enden Übergangsregelungen im Bereich der Dienstleistungsfreiheit, die bisher für bestimmte Branchen, wie das Bau- und Reinigungsgewerbe, galten. DIE LINKE begrüßt die Öffnung der Grenzen als zentralen Bestandteil eines sozialen, solidarischen und auf gleichen Rechten beruhenden Europas. Allerdings möchte sie mit einem Antrag im Deutschen Bundestag dafür Sorge tragen, dass es Schutzmechanismen für die Beschäftigten gibt. Dabei geht es vor allem um eine gerechte Bezahlung. Dazu braucht es einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für darüber liegende Branchenmindestlöhne. Auch Schwerins Direktkandidat Henning Foerster, selbst Gewerkschafter und Betriebsrat, hält dies für richtig. Er erklärt zu den Hintergründen: „Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (AVE) haben ihre rechtliche Grundlage in § 5 Tarifvertragsgesetz. Der Bundesarbeitsminister kann Tarifverträge dann für allgemeinverbindlich erklä-

ren, wenn mehr als 50% der Branche von ihnen erfasst sind und ein öffentliches Interesse daran besteht. Allerdings gibt es eine Hürde, die oft zum Scheitern führt. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung muss im Einvernehmen mit einem aus je drei Vertretern der Spitzenverbände von Arbeitgebern und Gewerkschaften besetzten Ausschuss erklärt werden. Oft scheitern diese Bemühungen am Veto der Arbeitgeber. Aktuell gilt dies beispielsweise für den Branchentarifvertrag im Schienenpersonennahverkehr, den meine Gewerkschaft EVG Anfang des Jahres ausgehandelt hat. Diese Tendenz nimmt zu, noch Anfang der 90-iger Jahre lag der Anteil der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge bei 5,4%, 2008 waren es nur noch 1,5%. Erleichterungen zu fordern ist also absolut notwendig.“ „Branchenmindestlöhne können allerdings auch über das sogenannte Arbeitnehmerentsendegesetz zustande kommen. Ursprünglich diente dieses dazu, die deutschen Bauunternehmen und deren Belegschaft vor den Folgen ausländischer Billigkonkurrenz zu schützen. Es bietet allerdings neben der Festbeschreibung von Mindestarbeitsbedingungen für aus dem Ausland stammende (entsendete) Arbeitnehmer auch Regelungsmöglichkeiten für inländische Arbeitnehmer. Interessant wur-

de das ganze, als eine Gesetzesnivellierung 1998 dem Bundesarbeitsminister ermöglichte, die Allgemeinverbindlichkeit per Rechtsverordnung durchzusetzen. Schnell erkannte die Politik die Chance, Branchenmindestlöhne festzulegen und dies anders als im Tarifvertragsgesetz üblich, auch ohne die Zustimmung der Arbeitgeber. Auf dieser Grundlage gibt es aktuell 9 Branchenmindestlöhne, so im Dachdeckerhandwerk, in der Pflegebranche oder in der Abfallwirtschaft.“ DIE LINKE im Bundestag verweist auch darauf, dass es notwendig sei, für die nach Deutschland kommenden Arbeitnehmer Beratungsstellen zu schaffen. Eine solche Anlaufstelle hat die rote Regierung in Berlin unter dem Dach des DGB gegründet und finanziert diese auch. Hier finden mobile Arbeitnehmer aus dem europäischen Ausland Rat und Tat. Im Antrag der Bundestagsfraktion der LINKEN sind abgeleitet aus der Problematik u.a. folgende Forderungen enthalten:

- soziale Fortschrittsklausel in das Vertragswerk der EU aufnehmen, damit Arbeitnehmerrechte und Lohnstandards nicht hinter den Grundfreiheiten des Kapitals zurückstehen
- Revision der Entsenderichtlinie, damit Mindestanforderungen an Arbeitsbedingungen nicht als Maximalforderung umgedeutet werden

- Zum 1. Mai einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland einzuführen, der bis 2013 auf 10 EUR brutto die Stunde angehoben wird und zeitgleich das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Branchen auszuweiten, um Allgemeinverbindlichkeitserklärungen zu erleichtern

- Flächendeckende Beratungsstellen einzurichten und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit personell zu verstärken, damit Mindestlohnanforderungen auch wirksam kontrolliert werden können

Wichtig wird auch sein, die nach Deutschland entsendeten Arbeitnehmer statistisch zu erfassen. Derzeit geht die Bundesagentur für Arbeit von 140.000 Arbeitnehmern aus. Diese spielen auch für die NPD eine entscheidende Rolle im Wahlkampf. Bereits jetzt mobilisiert sie für den 1. Mai in Greifswald und hat dafür ein Video ins Internet gestellt. Es soll die Vorbehalte von Menschen in der Grenzregion zu Polen bedienen und zeigt, wie der deutsche Facharbeiter entlassen wird, während zwei polnische „Billiglöhner“ seinen Platz einnehmen. Hier ist Aufklärungsarbeit dringend geboten. Insofern geht es um Regelungen, die allen Arbeitnehmern zugute kommen, denen aus Deutschland genauso wie ihren aus dem Ausland „entsendeten“ Kollegen.
Henning Foerster

Ein Bulldozer für Kuba erfolgreich beendet

Cuba sí

Wer helfen möchte: Sonder-spendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí, Kontonummer: 13222210 Berliner Sparkasse, BLZ 10050000. Verwendungszweck: Milch für Kubas Kinder.

Die AG Cuba sí hat die Spendenkampagne „Ein Bulldozer für Kuba“ erfolgreich beenden können - dank zahlreicher Spenden konnte der Bulldozer im Rahmen der Buchmesse Havana im Februar übergeben werden. Hintergrund der Kampagne ist der Kampf gegen die Parasitenpflanze Marabú, die aufgrund fehlender natürlicher Feinde große Flächen in Kuba überwuchert hat. Nur mitschwe-

rem Gerät ist dieser ursprünglich im 19. Jahrhundert eingeschleppten Pflanze beizukommen. Auch auf den Cuba sí-Agrarprojekten sind zahlreiche Flächen von Marabú befallen. Um diese Flächen wieder landwirtschaftlich nutzbar zu machen und damit zur Ernährungssicherheit Kubas beizutragen, wurde die Kampagne „Ein Bulldozer für Kuba“ im vergangenen Jahr gestartet.



Der Cuba-Sí-Bulldozer knickt mit der Schaufel die Marabú-Stämme ab und zieht anschließend mit den Greifern die tief liegenden Wurzeln aus der Erde

MEINUNGEN

Basisdemokratie – in MV ein unbekanntes Wesen?

In unserer Parteiversammlung am 11.04. schlugen die Emotionen über die gewählte Kandidatenliste durch den Landestag hoch. Die Liste des Parteiausschusses wurde vom Landesvorstand dahingehend ignoriert, dass überwiegend GenossInnen auf vordere Plätze gesetzt wurden, die sich vor allem eine gemeinsame Regierung mit der SPD auf die Fahne geschrieben haben. Aber vergessen wir nicht: Unser Land war das erste, das die Hartz IV – Gesetze in die Praxis eingeführt hat. Und wir waren in der Regierung! Genossen, die sich immer wieder negativ über unsere Partei und unser Leben in der DDR in der bürgerlichen Presse äußern, finden wir jetzt auf vorderen Plätzen der Kandidatenliste. Wir sind der Auffassung, dass es vordergründig um klare politische Zielstellungen

gehen muss, die das Leben aller Bürger wieder lebenswert machen. Solche klaren Forderungen schätzen wir von Genossen Oskar Lafontaine. Wir wünschen uns sehr, dass er gesundheitlich wieder in die Lage versetzt wird, laut zu sagen, warum der Kapitalismus nicht bereit und in der Lage ist, die einfachsten Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Er hat bisher mehrfach bewiesen, dass ihm Ehrlichkeit vor dem Wähler wichtiger ist, als gut bezahlte Posten. Eine Mitgliederbefragung zum Vergleich der beiden Kandidatenlisten würde der Basisdemokratie unserer Partei gut zu Gesicht stehen.

Die GenossInnen der BO 106 Schwerin, BO-Vorsitzende U. Marek, Mitunterzeichner: Margot Schulz, Herbert Leningk, Horst Plaschka

Die VertreterInnenversammlung in der Wahlkommission

Ein spannendes Wochenende mit einer Weichenstellung in den Landtagswahlkampf – das alles wäre ohne die Mitglieder der Wahlkommission nicht möglich gewesen! Zehn tapfere Genossinnen und Genossen erlebten über zwei Tage die Tagung der LandesvertreterInnenversammlung überwiegend hinter den Kulissen. Sie haben sich für ein langes und an den Nerven zehrendes Wochenende entschieden, denn dieser Job ist bei weitem nicht der leichteste auf Parteitag. Jede einzelne Stimme der 120 VertreterInnen muss ausgezählt werden - unter den Augen der Öffentlich-

keit! Die Leiterin der Wahlkommission, Regina Bärens, legte sich zu Beginn der Tagung einen Schrittzähler an und verkündete mit dem letzten auszuzählenden Wahlergebnis eine Schrittzahl von über 26.000, die sie und somit die Mitglieder der Wahlkommission gelaufen sind über die Tage. Doch ich spreche für alle Mitglieder der Wahlkommission, wenn ich sage, dass dies ein ehrenvoller Job ist! Das Vertrauen der VertreterInnen liegt in ihrer Hand. Und es möchte auch der letzte Wahlgang anstrengend sein – es war gelebte Demokratie innerhalb der Partei DIE LINKE.

André Walther

Sieben Thesen zum Verhältnis von Aufbruch LINKS zu demokratisch-solidarischen außerparlamentarischen Bewegungen

Von BO Aufbruch LINKS

1. Die demokratisch-solidarischen außerparlamentarischen Bewegungen haben für DIE LINKE elementare Bedeutung und bei politischer Übereinstimmung ein Bündnispartner. Sie zu stärken ist ein wesentlicher Teil der politischen Arbeit unserer Partei.
2. Die außerparlamentarischen Bewegungen neigen dazu spontan zu entstehen und ebenso wieder zu zerfallen. Zudem verhalten sie sich oft parteischeu. Daraus leitet sich für Die LINKE eine immer wieder neu zu erlernende Fähigkeit ab, mit der sie ihren Bündnispartnern umfassend und vorbehaltlos ihre Verbundenheit zeigt. Diese neue Fähigkeit nennen wir „Baseln“.
3. Eine gute Voraussetzung für das „Baseln“ ist der Aufbau, die Finanzierung und die Betreuung offener Räumlichkeiten. Diese sollten als „Projektwerkstätten“ gut zu erkennen und gut erreichbar sein. Sie müssen zu jeder Zeit für Gruppen, Initiativen und Aktionsbündnisse zur Verfügung stehen. Die Nutzung dieser Räumlichkeiten sollte unkonventionell sein und auf Ehrlichkeit und Vertrauen beruhen.
4. Vielfältige soziale und kulturelle Angebote, wie z.B. unentgeltlicher Nachhilfe-Unterricht, binden insbesondere Kinder

und Jugendliche an die Projektwerkstätten. Sie regen Interesse an außerparlamentarischer Bewegung an. Solche Angebote ergänzen politische Arbeit sinnvoll.

5. Die außerparlamentarische Arbeit ist vielfältiger als die parlamentarische. Kreativität, Gleichberechtigung und freie, unabhängige Entfaltung werden offener ausgelebt.

6. Während außerparlamentarische Bewegungen parteipolitisch kaum greifbar sind, führt ihr Druck hingegen oftmals zu mehr Protestbewegungen. Sich hier parteipolitisch zu inszenieren und dabei die Medien nur zur Selbstdarstellung zu nutzen, zerstört jede Glaubwürdigkeit. Diese Art der Vereinnahmung ist dringend zu unterlassen. Von den außerparlamentarischen Bewegungen zu lernen ist dringend geboten!

7. Die Projektwerkstatt „Buntes Q“ ist unser eindeutiges und offenes Bekenntnis zu außerparlamentarischen Bewegungen. Über diese Projektwerkstatt kann die außerparlamentarische Widerstands- und Protestbewegung in Schwerin ihr Verhältnis zu uns definieren. Aufbruch LINKS als offene Basisorganisation der Partei DIE LINKE. Schwerin sieht sich als Bestandteil außerparlamentarischer Bewegungen.

Zusammenhalt und Aufbruchstimmung

Der Parteitag und die VertreterInnenversammlung in Göhren-Lebbin werden mir noch lange in Erinnerung bleiben. Nach einem inhaltlich starken Parteitag wurde das Wahlprogramm einstimmig beschlossen. Nun ging es darum, diese Inhalte mit einer Liste von Kandidaten mit Leben zu füllen. Die gespannte Stimmung lag spürbar in der Luft. Alle Kandidaten warfen ihr fachliches Können und persönliches Fürsprechen in die Waagschale und die 120 VertreterInnen wählten nach ihrem Empfinden den Geeig-

netsten oder die Geeignetesten aus. Viel wurde über Absprachen und „Druck von oben“ geschrieben, doch wer vor Ort war, spürte davon nichts. Es herrschte ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das nach den vielen öffentlichen Streitereien von Bundesebene an, nicht zu erwarten war. Und eine Aufbruchstimmung herrschte im Saal - mit den gewählten Kandidatinnen und Kandidaten kann ein guter Wahlkampf gelingen und DIE LINKE endlich wieder mit positiven Schlagzeilen von sich reden machen. **R.J.**

Radtour für den Frieden auf den Spuren des Todesmarsches vom KZ Sachsenhausen nach Schwerin

Vom 20. bis 23. April 2011 fand die 2. Radtour, in vier Etappen, auf den Spuren des Todesmarsches der Häftlinge des KZ Sachsenhausen nach Raben Steinfeld statt. Mit dem Gedanken, Krisengebiete friedlich zu beseitigen, verbanden wir unsere Tour mit den Ideen der Ostermarschbewegung. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) Westmecklenburg-Schwerin hatte interessierte Menschen aufgegrufen, sich an der Tour zu beteiligen. So waren an den einzelnen Etappen bis zu 15 Fahrer unterwegs. Gemeinsam sammelten wir an den Etappenorten Oranienburg, Neuruppin, Wittstock und Parchim Unterschriften für eine Petition an die Bundesregierung und an den Bundestag, den Krieg in Afghanistan zu beenden und dort zivil zu helfen. In Gesprächen mit den Menschen wurde immer



Foto vom Gründonnerstag auf dem Marktplatz in Wittstock. Die Tour wird vom stellvertretenden Bürgermeister Herrn Herm (viertel von links/CDU) und vom MdL Brandenburg Herrn Groß (rechts/DIE LINKE) empfangen

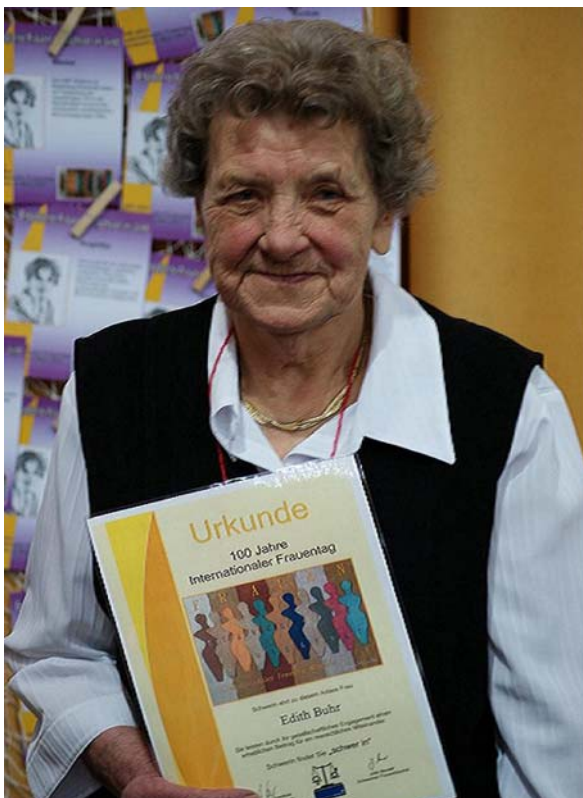
wieder gesagt, dass „Kriege nur Leben kostet sowie materiellen Schaden anrichtet, den Menschen aber keine Zukunft bringt. Ziviler Aufbau ist für Voraussetzung für ein Leben ohne Hunger und Angst.“ Am Sonnabend kamen die neun Frauen und Männer, die die gesamte Tour gefah-

ren sind an der Mutter in Raben Steinfeld an und gedachten der Opfer des Todesmarsches. Erschöpft, aber auch froh, die über 200 km lange Tour gefahren zu sein, fuhren die Teilnehmer in ihr Osterwochenende.

Michael Strähnz

Bei uns ist jeder Tag Frauentag

Zum 100. Internationalen Frauentag hat die Stadt Schwerin und das Schweriner Frauenbündnis dazu aufgerufen, 100 starke Frauen zu suchen. Und es wurden viel mehr als 100 gefunden. In einer kleinen Serie stellen wir hier starke linke Frauen vor: Unsere Kameradin Edith Buhr wurde am 9. April 2011 im Rahmen einer Feierstunde zum 100. Internationalen Frauentag von der Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig (SPD) und dem Stadt-



präsidenten der Landeshauptstadt Schwerin Stephan Nolte (CDU) mit einer Ehrenurkunde ausgezeichnet. In der Begründung für die Auszeichnung hieß es: „Edith war 30 Jahre Mitglied der Kommission der VVN und des Vorstands der Verfolgten des Naziregimes in Schwerin. Sie hat ihr ganzes Leben für Frieden und soziale Gerechtigkeit und gegen Faschismus gekämpft.“ Wir, die Kameradinnen und Kameraden der VVN/BdA Westmecklenburg-Schwerin, gratulieren unserer Edith recht herzlich zu dieser Würdigung.

Michael Strähnz

Herzliche Glückwünsche

Herzlichen Glückwunsch an Hanna Wagner nachträglich zum 84. Geburtstag am 13.4. wünschen ihre Genossinnen und Genossen

Die BO 308 gratuliert Edith Brückner um 82., Anna Brill zum 76., Anni Schlechtendahl zum 83. und Karl Seichter zum 79. Geburtstag.

Großes Indianer Kinderfest

**am 5. Juni 2011
von 11 - 16 Uhr
Schweriner Markt**

Ob groß oder klein, jung oder alt - Alle sind herzlich eingeladen einen unvergesslichen Tag zu erleben. Die fleißigen Bäcker mögen bitte ihren Kuchen direkt zum Kinderfest mitbringen.

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de Die nächste Ausgabe erscheint am 17.06.2011, Redaktionsschluss ist der 09.06.2011.

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Woher wir kommen - Die Wurzeln der LINKEN in Ost und West

Eingeladen hatte die Rosa Luxemburg Stiftung, Arbeitsgruppe Schwerin, zu einer Veranstaltung mit Professor Doktor Benser, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN. Vortrag, Diskussionen und Fragen boten interessante Überlegungen und Informationen. Die Wurzeln der LINKEN – Thema dieser Veranstaltung – durchziehen den Entwurf eines neuen Parteiprogramms der LINKEN. Außerdem ist dieser Problematik ein ganzer Abschnitt gewidmet. DIE LINKE hat im Umgang mit der Geschichte zwei Schwierigkeiten.

Erstens: Die PDS hat schon 1989 entschieden, mit der schädlichen Praxis der SED Schluss zu machen, geschichtliche Ereignisse durch Parteibeschlüsse verbindlich zu beurteilen. Wertungen zum Geschichtsbild sind nicht mehr für alle Mitglieder der Partei verbindlich. Geschichtliche Abläufe von epochaler Bedeutung können nicht ausgeklammert werden. Sie sind für die Identität der Partei wichtig.

Zweitens: Die Mitglieder der LINKEN haben unterschiedliche Lebenserfahrungen. Es sind Doppelbiografien. Es gibt gemeinsame Erfahrungen aus linken Traditionen und Kämpfen und es gibt spezifische Erfahrungen zwischen Ost- und Westdeutschen. Aus dem Osten kommen viele Mitglieder aus der ehemaligen SED. Sie erlebten in der langjährigen Geschichte der DDR Positives, aber auch Negatives. Das betrifft auch ein breit gefächertes Bildungssystem. Manche linke Theorien blieben ausgeklammert. Nach 1989 fanden neue Kräfte vor allem aus der jungen Generation den Weg in die PDS und später in DIE LINKE.

Im Westen setzt sich die Mitgliedschaft aus sehr unterschiedlichen Biografien zusammen. Ein Teil kam aus kommunistischen Kreisen wie DKP, Maoisten, Bund der Kommunisten usw. Andere gehörten zu linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die als Mitglieder der WASG sich mit den LINKEN vereinigten. Sie wurden zum Teil mit sehr gegensätzlichen linken Theorien konfrontiert. Erfahrungen wurden in Streikämpfen, Ostermärschen oder 68ziger Bewegung gesammelt.

Linkssozialistische Traditionen

In der Arbeiterbewegung trennten sich Linke von der KPD und auch der SPD. Sie entwickelten eigene strategische Überlegungen eines 3. Weges zum Sozialismus. Namhafte Vertreter solcher Vorstellungen waren zum Beispiel in der Weimarer Zeit Paul Levi und nach 1945 Wolfgang Abendroth. Er beschäftigte sich vor allem mit Problemen der Ausweitung der formalen Demokratie zu einer sozialistischen Demokratie auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik. Erinnerung wurde auch an Vektor Agarts oder Otto Brauer, lange Zeit Vorsitzender der IG Metall, die Vorstellungen für eine Wirtschaftsdemokratie entwickelten. Unter diesen Politikern gab es eine kritische Distanz zur DDR.

Europa und die Arbeiterbewegung

Die europäische Arbeiterbewegung – beginnend mit den ersten Kämpfen der englischen Arbeiter – hat das Antlitz des heutigen Europa entscheidend ge-

prägt. Ohne diese Arbeiterbewegung hätte es keine parlamentarische Demokratie, keine zivilisatorischen Errungenschaften gegeben. Die Rentenversicherung, die von Bismarck eingeführt wurde, war vor allem das Ergebnis der gewachsenen Kraft der deutschen Sozialdemokratie. Soziale Errungenschaften in westeuropäischen Ländern wurden nach 1945 erkämpft, waren aber auch das Ergebnis der Existenz des realen Sozialismus. Das heutige Europa nur mit christlichen Werten und Gottesbezug darzustellen, ignoriert das erfolgreiche Wirken der europäischen Arbeiterbewegung. Es wäre eine Bereicherung, wenn im Entwurf des Programms der LINKEN die Erfolge der europäischen Arbeiterbewegung enthalten wären.

Vor 65 Jahren schlossen sich SPD und KPD zur SED zusammen

Am 21. und 22. April 1946 fand der Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschland statt. Ebenso alt ist der Streit um die Bewertung dieses Ereignisses. Die SED war noch nicht gegründet, da hatte sie sich bereits mit dem Stigma „Zwangsvereinigung“ auseinandersetzen. Die Endphase des Zusammenschlusses von KPD und SPD trug den Charakter einer von oben gesteuerten Kampagne, in der die KPD den Ton angab. Gleichwohl war sie von der Zustimmung zahlloser Mitglieder und Sympathisanten beider Parteien getragen. Das war verbunden mit scharfen Angriffen auf all jene, die sich der Vereinigung verweigerten oder ihr kritisch gegenüberstanden. Die sowjetischen Besat-

zungsorgane ließen keine Zweifel aufkommen, dass sie eine sozialistische Einheitspartei als deutsches Potential zur Absicherung ihrer Besatzungsziele erwartete. Manche Kommandanten setzten sozialdemokratische Funktionäre unter Druck. Aber die schlimme Welle der Repression gegen Sozialdemokraten begann 1947/48 auf dem ersten Höhepunkt des kalten Krieges. Der Gründungsparteitag der SED bildete den demonstrativen Endpunkt eines von unten nach oben erfolgenden Vereinigungsprozess nach dem Prinzip der Parität. Die Gründung der SED erwies sich als enorme Mobilisierung neuer, bisher nicht in Arbeiterparteien organisierter Kräfte. Die offizielle Parteistatistik besagt, dass bei Gründung der SED, die KPD 620.000 Mitglieder einbrachte, die SPD 680.000. Die meisten der neuen Mitglieder der beiden Arbeiterparteien waren in den ersten Monaten des Jahres 1946 der KPD oder der SPD beigetreten, wussten also, dass sie bald einer vereinigten Partei angehören würden. Wie alle einschneidenden historischen Ereignisse, lässt sich auch die SED-Gründung nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Weder dürfen wir den hunderttausenden Mitgliedern unterstellen, dass sie keine eigenen Erfahrungen und Überzeugungen besaßen und nur fremd bestimmt gehandelt hätten, noch lässt sich leugnen, dass auch Druck und Zwang im Spiel waren. Das Pauschalurteil „Zwangsvereinigung“ abzulehnen, heißt nicht jeglichen Zwang zu leugnen, wohl aber eine Verabsolutierung, die Vielfalt der Motive. Überzeugungen, Entscheidungen, Aktivitäten negiert.

Hans Wandt

Rosa-Luxemburg-Stiftung

16. Juni 2011 19:00 Uhr

DIE PRAXIS DER TREUHAND

mit Prof. Jörg Roesler
Vortrag und Diskussion

Schleswig-Holstein-Haus

Puschkinstr. 12

1. Mai 2011 in Schwerin

Die Sonne schien und so war die Kaffeestrecke, die Hüpfburg und der Infostand schnell aufgebaut und das auch noch mit guter Laune. Am Infostand viele und gute Gespräche. Natürlich auch die Frage nach dem Zustand der Gesamtpartei. Ja, da half nur Ehrlichkeit. DIE LINKE hat ein Problem. Nicht so sehr



Gute Stimmung unter den Genossen beim DIE LINKE Infostand

im Lande. Da war die Position der meisten Menschen am Infostand eindeutig: DIE LINKE will im Land Veränderung. Eher die Geschehnisse auf Bundesebene sorgen für Verunsicherung. Was soll die öffentliche Debatte um Personen und wo sind die Inhalte? Tatsache ist, eine Programmdebatte wird in der Partei kaum geführt. Und was ist aus unserem Mindest-

lohn geworden. Es war unsere Idee, noch vor den Gewerkschaften. Mittlerweile kommt keine demokratische Partei mehr an diesem Thema vorbei, nur von uns hört man wenig dazu. Wo ist die Kampagnenfähigkeit der Partei geblieben? Das Schönste waren die beiden Diskutanten die sich sinngemäß mit den Worten „Aber ihr bekommt das schon hin“ verabschiedeten. Ein Vertrauensvorschuss, den wir als Partei nicht verspielen dürfen, wenn wir die Landtagswahlen mit einem Erfolg beenden wollen. In Schwerin verfügt unsere Partei über ein hohes Wählerpotential, das haben die letzten Wahlen gezeigt. Diese Men-

schen müssen wir erreichen und bewegen bei der Wahl für uns zu stimmen. Mindestlohn, Tariftreue, Kinderbetreuung – das waren die dominierenden Themen der Podiumsdiskussion mit Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl. Für unseren Schweriner Genossen Henning Foerster der erste öffentliche Auftritt als Kandidat der LINKEN Für den Gewerkschafter natürlich ein



Fleißige Helferinnen versorgten mit Kaffee und Kuchen aus der Flinken Kiste

Heimspiel, denn die Veranstalter waren auch dieses Jahr wieder der DGB und DIE LINKE, die zusammen mit den Einzelgewerkschaften und anderen Parteien und Initiativen diesen Tag gestalteten. So lagen wir mit Mindestlohn, Tariftreuegesetz, unserer Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und unseren Positionen zu gut ausgestatteten Kitas genau richtig. Beeindruckend die Leistungen von Frau Schwesig und Frau Gajek. Ihre Parteien hatten Hartz IV,

Leiharbeit und Lohndumping eingeführt. Frau Schwesig mutierte zur Kämpferin für soziale Gerechtigkeit. Aus ihrer Sicht muss Hartz IV die Grundlage für soziale Gerechtigkeit sein, denn sie distanzierte sich überhaupt nicht davon. Doch damit zeigte sie

nur das wahre Gesicht der SPD, die in Worten groß und in Taten klein ist. Ein buntes Bühnenprogramm perfektionierte den Tag genau. Aus meiner Sicht ein erfolgreicher Tag für unsere Partei.



Henning Foerster überzeugte als Gewerkschafter bei der Gesprächsrunde

DIE LINKE unterwegs in Mecklenburg-Vorpommern

Alljährlich am Tag der Arbeit veranstaltet die Torgelower LINKE gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem SPD-Ortsverband nunmehr seit 13 Jahren eine zünftige Maifeier. In der Ueckerpassage ist richtig was los und viele Torgelower und Torgelowerinnen sind dabei. Und weil der 1. Mai nicht nur ein Volksfest ist, sondern auch ein politisches Traditionsfest, wird nicht nur am Infostand von den LINKEN und Gewerkschaften über Politik und Arbeit geredet.



Helmut Holter, Stadtpräsidentin Marlies Peeger (DIE LINKE, vorne) und Bürgermeister Ralf Gottschalk (parteilos, zweitev.r.)

Vor allem darüber, dass viele in dieser Region keine Arbeit haben. Helmut Holter spricht in seiner Mairede von flächendeckendem Mindestlohn, den DIE LINKE fordert. Alle sollen zu gleichen Bedingungen arbeiten. Das Land habe bereits jetzt das Problem, dass ausgebildete Fachkräfte fehlten. Darum sei auch die Angst vor Facharbeitern aus Polen unbegründet. Die Rede und die Positionen der LINKEN fanden großen Zuspruch unter den Anwesenden.